

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung

W. AVERELL HARRIMAN

## Die Führung in der Weltpolitik

Mit Genehmigung des Verlages entnehmen wir der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ (Juli 1954) den folgenden Artikel von W. Averell Harriman:

Sieben Jahre sind es nun her, seit die Vereinigten Staaten in einer Zeit des Friedens einen positiven und aktiven Kurs in der Führung der Welt einschlugen, um die Freiheit zu bewahren und einen neuen Weltkrieg zu vermeiden. Das entscheidende Datum war der 12. März 1947, als Präsident Truman den Kongreß ersuchte, Griechenland und der Türkei 400 Millionen Dollars für wirtschaftliche, militärische und beratende Hilfe zu gewähren, und als er die sogenannte Truman-Doktrin proklamierte, daß es nämlich die Politik der Vereinigten Staaten sei, freie Völker in ihrem Kampfe gegen Unterdrückung durch bewaffnete Minderheiten und durch Druck von außen zu unterstützen. Alle, die lange und angstvoll auf diesen historischen Wendepunkt gewartet hatten, werden die Begeisterung jener Frühlingstage im Jahre 1947 nie vergessen. Nachdem die Entscheidung gefallen war, überkam mich ein Gefühl großer Erleichterung. Wie aus den „Tagebüchern Forrestals“ (Forrestal Diaries) zu ersehen ist, verfolgte ich die Entwicklung sowjetischer Politik und Haltung während des Krieges und in der danach folgenden Zeit mit wachsender Unruhe. Ich war zur Überzeugung gelangt, daß der sich immer klarer abzeichnende sowjetische Plan, die kommunistische Kontrolle auch auf die vom Kriege schwer mitgenommenen Länder Europas und Asiens auszudehnen, wohl Erfolg haben dürfte, wenn nicht die Vereinigten Staaten ihren großen Einfluß und ihre Hilfsquellen zur Stärkung der europäischen Gebiete anbieten würden. Aber meine Befürchtungen schwanden dahin, als die Entscheidung des Präsidenten die schnelle Unterstützung beider Parteien im Kongreß und auch der Nation erhielt.

Es war keine Zeit mehr zu verlieren.

Die sowjetisch-kommunistische Bedrohung war unmittelbar, offenkundig und umfassend; die freie Welt war nicht geeint, und die meisten ihrer Staaten waren außerordentlich schwach. Im Jahre 1946 hatten die Vereinten Nationen der sowjetischen Bedrohung Persiens Einhalt geboten, aber die Bedrohung Griechenlands und der Türkei, die wachsende kommunistische Tendenz

in Westeuropa, der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei, die Berlin-Blockade und der kommunistische Sieg in China im Jahre 1947 und in der Zeit danach — alle diese Ereignisse verdeutlichten die ebenso aktuelle wie auch permanente Gefahr. Die kommunistische Lehre und die von den kommunistischen Führern offen eingestandenen Absichten, die Stalin in seiner Rede vom 9. Februar 1946 besonders betonte, erlaubten keinen Zweifel darüber, daß Freiheit und Unabhängigkeit auf unabsehbare Zeit bedroht sein würden. Der kommunistische Angriff auf Korea bestätigte diese These nur.

Eine amerikanische Initiative folgte der anderen: Marshall-Plan, Punkt IV-Programm, Berliner Luftbrücke, militärisches Hilfsprogramm, Bündnis der Nordatlantikpaktstaaten und Aufbau der vereinten NATO-Militärstreitkräfte in Europa, Pazifik-Pakt und erfolgreicher Widerstand in Korea. Dabei blieb keine Wahl oder Diskussion zwischen kurzfristigen und langfristigen politischen Maßnahmen, denn als Damm gegen die aktuelle und zukünftige Gefahr mußten Bündnisse, Streitkräfte und eine wirtschaftliche Widerstandskraft aufgebaut werden. Wo doch eine Wahl zu treffen war, mußte unbedingt der kurzfristigen Planung der Vorzug gegeben werden, denn der Aufbau einer gemeinsamen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Schutzmauer war notwendig, um die Lust auf einen unmittelbaren militärischen Angriff zu nehmen und um Zeit für die Durchführung von Verteidigungsmaßnahmen gegen langfristige politische, wirtschaftliche und psychologische kommunistische Einwirkungen zu gewinnen.

In den letzten Monaten des Jahres 1952 läutete die Glocke die erste Runde des kalten Krieges ein. Das tatkräftige Vorgehen der Vereinigten Staaten hatte zur Folge, daß dem entsetzlichen Vordringen des Kommunismus Einhalt geboten wurde mit Ausnahme in der Tschechoslowakei, wo die Regierung von Anbeginn an schwach war, weil in ihr auch Kommunisten vertreten waren und sie im Schatten der Roten Armee lebte, und mit Ausnahme Chinas, wo

Wille und Vermögen zum Widerstand nicht mehr in Einklang miteinander standen. In Korea wurden die Kommunisten auf ihre nördlichen Ausgangspositionen zurückgeworfen. In Indochina dauerte der seit sieben Jahren geführte Krieg unverändert fort; erst ein Jahr später bewirkte die den Kommunisten von China und der Sowjetunion in steigendem Maße gewährte Unterstützung eine Intensivierung des Krieges. Aber an anderen Punkten der Welt, besonders in Europa, waren die freien Nationen stärker geworden, waren enger zusammengerückt und hatten neue Zuversicht in die Zukunft gewonnen.

Tatsächlich gaben Stalin und Malenkov auf dem kommunistischen Parteikongreß in Moskau im Oktober 1952 den Fehlschlag ihrer Pläne zu,

### INHALT DIESER BEILAGE:

W. Averell Harriman:

**Die Führung in der Weltpolitik**

Richard Lowenthal:

**Zwischen Dulles und Nehru (S. 474)**

die Grenzen sowjetischer Herrschaft durch die Anzettelung eines baldigen Krieges mit den großen Widersachern und Anstiftung einer sofortigen Revolution im Westen zu erweitern. Sie verkündeten, daß der Sowjetblock jetzt so groß, so stark und so autark sei, daß ein Krieg zwischen Kommunismus und Kapitalismus nicht länger erforderlich sei, daß indessen der kommunistische Sieg innerhalb längeren Zeitraums durch sofortiges Nachlassen des Druckes auf Europa, durch Förderung der politischen und militärischen Uneinigkeit in der nicht-kommunistischen Welt und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Unterhölzung errungen werden könne, während gleichzeitig die monolithischen industriellen und militärischen Kräfte der Sowjetunion ständig voranzutreiben seien.

Nach dem Moskauer Kongreß ließen die internationalen Spannungen nach. Nicht etwa, daß der Westen den Worten der sowjetischen Führer Glauben geschenkt hätte, aber die objektive Weltlage vermittelte den Eindruck, als ob sich der Kreml dem Zwang der Notwendigkeit gebeugt hätte. Zu jener Zeit verstärkte die sowjetische Haltung in der ganzen westlichen Welt den Eindruck, daß die militärischen Verteidigungsmaßnahmen und die politische Einheit des Nordatlantikpaktes, der Wirtschaftsaufbau Europas und die Durchschlagskraft der amerikanischen Luftstreitkräfte, die von neuen europäischen und nordafrikanischen Luftstützpunkten aus operierten, einen Grund der Stärke erreicht hätten, der einen baldigen militärischen Angriff oder eine kommunistische Unterwanderung Europas zunichte machen würde. Es bestand die Hoffnung, daß sich als Folge die Lage zwischen

Ost und West wenigstens vorübergehend festigen würde.

In der ersten Hälfte des Jahres 1953 erfuhr die Weltlage einen tiefgreifenden Wandel. Der sowjetische Druck lastete tatsächlich etwas weniger, einige kleine Gesten erfolgten gegenüber der westlichen Einstellung und das Ergebnis war, daß sich überall in der nicht-kommunistischen Welt die Furcht verminderte. Diese dramatische Wendung der Dinge fiel zeitlich mit dem Auftreten einer neuen Führung in Washington und Moskau zusammen: Seit 20 Jahren der erste Wechsel in der politischen Führung der Vereinigten Staaten und das Auftauchen neuer führender Persönlichkeiten in der Sowjetunion nach Stalins Tod in den ersten Märztagen 1953. Seit einhalb Jahren leben wir nun in einer neuen Phase der Nachkriegsentwicklung.

## Politik der Einsparungen

Ein besonderes Wesensmerkmal der amerikanischen Politik der letzten eineinhalb Jahre war der Versuch, durch wohlüberlegte Kürzungen neuartige und tragbare Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung unserer Verteidigungslasten zu finden. Selbst auf die Gefahr hin, durch eine zusammengefaßte Darstellung die Fragestellung zu überspitzen, sollen hier doch einige der versuchten Kürzungen angeführt werden.

Das Tempo des militärischen Aufbaus wurde verlangsamt, ungeachtet des wachsenden sowjetischen Militärpotentials, der wiederholten Warnung der sich ablösenden US-Befehlshaber der europäischen NATO-Streitkräfte, daß unsere Verteidigungsmaßnahmen noch nicht den Anforderungen entsprächen, und der zunehmenden Intensität der kommunistischen Angriffe in Asien. Im Jahre 1953 schien es unangebracht, in unseren Anstrengungen nachzulassen; die weiteren Abstriche von unserem Militärbudget des Jahres 1954 scheinen noch unangebrachter zu sein. Der Kreml hat auf die liebliche Musik der „friedlichen Ko-Existenz“ in Europa umgeschaltet, während er gleichzeitig in Asien vorwärtsstürmt. Wir sollten aus dem Verhalten der Sowjetunion wenigstens das eine gelernt haben, daß sie jede lokale Schwäche — sei sie militärisch oder politisch — prüfen und ausnutzen wird. Jede Schwäche stellt nur eine Einladung an die Kommunisten zu weiteren Abenteuern dar.

Unsere laufende Verteidigungspolitik und unsere Diplomatie wurden weitgehend von dem Gedanken beeinflusst, daß der Besitz der Atomwaffen uns stark mache. Da wir in der Lage sind, eine „massive Vergeltung“ zu dem Zeitpunkt und an den Orten zu üben, die wir bestimmen — so dachten wir ungefähr — können wir es uns leisten, Einsparungen an verschiedenen Verteidigungswaffen vorzunehmen, die in einem konventionellen Verteidigungskrieg für begrenzte Ziele in weit verstreuten Orten eingesetzt werden. In der Diskussion, die sich über die Doktrin der „sofortigen Vergeltung“ entwickelte, wurde betont — und ich bin der gleichen Ansicht — der Gedanke sei völlig illusorisch, daß wir, eine friedliebende und demokratische Nation, mit

Wasserstoffbomben oder auf andere Art einen Angriffskrieg beginnen würden. Das entspräche weder unserem Charakter, noch unserer Tradition, noch dem, was politisch überhaupt möglich sei.

Außenminister Dulles ließ die Frage der Wiedervergeltung mit Atomwaffen anlässlich lokaler Feindseligkeiten offen in der Hoffnung, dadurch auf einen sowjetisch-rotchinesischen Angriff abschreckend zu wirken. Aber die Überbetonung der Atom- und Thermonuklearwaffen beunruhigt auch jene, die darauf vertrauen, daß wir niemals einen Krieg beginnen werden; denn sie werden inne, daß sich das Potential unserer konventionellen Defensivwaffen und die Wirksamkeit unserer Diplomatie vermindert haben; und diejenigen, die tatsächlich fürchten, unsere Politik könnte zu einer umfassenden Wiedervergeltung mit Atomwaffen auch ohne einen direkten Angriff auf uns oder unsere Alliierten führen, sind entsetzt und abgestoßen.

In Indochina haben wir die Erfahrungen gemacht, daß hier eine Verteidigungspolitik und eine Diplomatie, die auf dem Gedanken der Stärke durch Bomben beruhten, sichtlich nicht den Gegebenheiten entsprochen haben. Am Ende der koreanischen Feindseligkeiten mußten wir uns sagen, daß der kommunistische Druck auf Indochina sich verstärken würde. Trotzdem bauten wir unser Militärpotential ab und verminderten unsere Streitkräfte im Fernen Osten. Der Gedanke eines südostasiatischen Verteidigungspaktes existiert schon fast zwei Jahre. Die rapide Verschlechterung der französischen Situation in Indochina veranlaßte seine plötzliche Wiederaufnahme. Unsere Alliierten waren mit der Idee wohl vertraut, gaben aber zu bedenken, daß die Anpassung an die verschiedenartigen Interessen der asiatischen Staaten, deren Teilnahme für die Lebensfähigkeit des Paktes von ausschlaggebender Bedeutung sein würde, Zeit erfordere. Es war auch nicht im entferntesten daran zu denken, daß der geplante Pakt Dien Bien Phu retten könnte. So mußten sich die Vereinigten Staaten plötzlich mit dem Problem auseinandersetzen, ob sie mit Frankreich als einzigem Bun-

desgenossen direkt in den Indochinakrieg eingreifen wollten (die Engländer weigerten sich, vor Ende der Genfer Konferenz etwas zu unternehmen). Wir stellten plötzlich fest, daß wir bei unserer neuen militärischen Planung vergessen hatten, an die Beschaffenheit der Wälder zu denken, die wir eines Tages eventuell durchqueren müßten.

Über die Konsequenzen dieses Versuches einer Politik mit unzulänglichen Mitteln für das Schicksal Südostasiens läßt sich heute noch nichts sagen, aber sie könnten schwerwiegend sein. Unser Prestige und unsere führende Stellung in der Weltpolitik haben einen starken Rückschlag erlitten. Noch stärker aber dürften die Rückwirkungen der Entscheidungen im April und Mai auf die westliche Allianz sein.

In einem Artikel über unsere Führungsprobleme dürfen nicht die Fehler verschwiegen werden, die nach unserer Ansicht andere Länder gemacht haben. Es ist zum Beispiel klar, daß die Franzosen unrealistisch handelten, als sie nicht schon vor längerer Zeit den indochinesischen Staaten die Unabhängigkeit gewährten. Die Briten hingegen besinnen sich nach unserer Ansicht zu lange, ehe sie Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, die für uns kein Problem darstellen würden. Zwischen Alliierten wird es immer verschiedenartige und sich manchmal überschneidende nationale und übernationale Interessen, Planungen und Urteile geben. Es ist Aufgabe der amerikanischen Diplomatie, solcher Schwierigkeiten durch Verhandlungen und nicht durch die Ankündigung politischer Maßnahmen Herr zu werden, die andere Länder dann befolgen sollen. Es gibt Zeiten, in denen die Interessen unsere Landes ein kühnes Verhalten von uns fordern und wir die anderen fragen müssen, ob sie uns folgen wollen. Dann müssen wir aber auch bereit sein voranzugehen, ganz gleich, wer uns folgt. Aber wenn einheitliche Maßnahmen erforderlich sind, ist es Sache der Führung, ein Übereinkommen und gemeinsame Maßnahmen zu ermöglichen. Dies bringt oft mit sich, daß die führende Nation im Interesse positiver Ergebnisse Opfer an politischem Kredit im Inlande bringen muß.

Lange Zeit war die Grundlage unserer Sicherheit die Einigkeit mit unseren Alliierten — Einigkeit in der geistigen Haltung, im Ziel und in den Maßnahmen — und die Einigkeit war die Frucht geduldiger Diplomatie, gegründet auf gegenseitigem Vertrauen und Verständnis. Die ganze Kreml-Politik konzentriert sich darauf, die westliche Allianz zu spalten, einen gegen den anderen auszuspielen, uns in einen Bruderzwist zu hetzen und uns auf diese Weise militärisch, wirtschaftlich, politisch und moralisch zu schwächen, während die Sowjetunion, in erzwungener Einheit brutal zusammengehalten, zielstrebig auf dem Wege zur Weltherrschaft vorwärtsstürmt. Der Gradmesser unserer Führungsqualitäten ist unsere Fähigkeit, die Einheit in der freien Welt aufrecht zu erhalten. Dies erfordert mehr als Bomben und Kühnheit; es erfordert Weisheit, moralische Anziehungskraft, Feingefühl für die Psychologie anderer und die Bereitwilligkeit, Meinungsverschiedenheiten mit Ausnahme moralischer Fragen zu schlichten.

## Sicherung wirtschaftlicher Ausdehnung

Gegenwärtig tragen die Maßnahmen und die Politik der Vereinigten Staaten in nur geringem Maße der Tatsache Rechnung, daß sich vor einhalb Jahren der sowjetisch-kommunistische Hauptangriff auf die freie Welt (mit Ausnahme Indochinas) auf das wirtschaftliche, politische und psychologische Feld verlagert hat, obgleich die latente militärische Gefahr unvermindert anhält, und daß dieser Angriff kraftvoll und gefährlich vorgetragen wird, und es schwierig ist, ihm zu begegnen, und das starke neue Gegenkräfte mobilisiert werden müssen. Es scheint die vorherrschende Philosophie der Regierung zu sein, sich weitgehend auf das automatische Funktionieren des Welthandels zu verlassen, der der Wirtschaft der freien Welt Wachsen und Gedeihen sichert. Aber der Weltmarkt erfüllt die Erwartungen nicht. So wird z. B. der soziale und politische Fortschritt in den unterentwickelten Gebieten dem Welthandel in einer Zeit überlassen, in der kommunistischer Druck und Durchdringung sich verstärken. Schneller noch, als es der Welthandel vermag, müssen sozial gesicherte, demokratische, nationalbewußte Staaten aufgebaut werden, denn nur diese gewährleisten eine erfolgreiche Verteidigung.

Eisenhower eröffnete in seinem Kongreßbericht über das gegenseitige Sicherheitsprogramm im September 1953, daß der amerikanischen Wirtschaft keine zusätzlichen Lasten für Verteidigungszwecke aufgebürdet und das wir auf unsere Verbündeten keinen Druck ausüben würden, weitere Verteidigungslasten auf sich zu nehmen, daß der Aufbau der Verteidigung fortgesetzt werde, aber daß die Lasten des verlangsamten und stetigen Wiederaufbaus von einem vergrößerten Wirtschaftsvolumen getragen würden. Die langfristige Planung der Sowjetunion, die darauf abzielt, den Westen zu überrunden, beruht ausdrücklich auf der von Stalin und Malenkov im Jahre 1952 vorgetragenen Annahme, daß die freie Welt nicht in der Lage sein werde, die gleiche Wirtschaftsausweitung zu erreichen, die der Sowjetblock erzwingen werde, daß sich der Spielraum unserer industriellen und gesamten wirtschaftlichen Überlegenheit verengen —, und daß unsere Fähigkeit, uns zu verteidigen und die Weltwirtschaft zu beherrschen, entsprechend nachlassen werde. Daher besteht Übereinstimmung in der Auffassung, daß die Sicherheit der freien Welt von der Aufrechterhaltung einer großen wirtschaftlichen Überlegenheit abhängt.

Eine eingehende Überprüfung der Vergleichszahlen über die wirtschaftliche Ausdehnung in der Sowjetunion und in der freien Welt muß zu dem Schluß führen, daß auf diesem Felde die kommunistische Welt die freie ausstechen wird. Die Sowjetwirtschaft, im ganzen gesehen, kann von 1946 bis in die Mitte des Jahres 1953 die beträchtliche Zunahme von ungefähr 7 v. H. jährlich aufweisen, verglichen mit 4,5 v. H. in den Vereinigten Staaten. Noch mehr springen Vergleichsziffern zwischen der wirtschaftlichen Zunahme in den sowjetischen Satellitenstaaten und in den unterentwickelten Gebieten der freien Welt ins Auge. Dieser hohe Prozentsatz wirt-

schaftlicher Ausdehnung besonders auf dem industriellen Sektor wurde auf Kosten der Landwirtschaft, des Konsums und der sozialen Wohlfahrt erreicht. Auf die Länge gesehen hat diese Tatsache für die sowjetische Militärmacht wie für die politische Anziehungskraft der Sowjetunion auf unterentwickelte freie Länder weitgehende Auswirkungen. Vielen der stolzen und aufstrebenden Völker des nicht-kommunistischen Asiens und anderer unterentwickelter Gebiete, die ihrem Lande Prosperität und Stärke wünschen, müssen die industriellen Leistungen der kommunistischen Welt wie ein Wunder erscheinen.

Verglichen mit der Ausdehnung unter dem Marshall-Plan ist die wirtschaftliche Ausdehnung in vielen europäischen NATO-Ländern heute langsamer geworden oder hat ganz aufgehört. In den meisten unterentwickelten Gebieten macht die wirtschaftliche Entwicklung nur sehr langsame Fortschritte. Und in den Vereinigten Staaten selbst geht sie zurück anstatt normal weiterzuwachsen.

Gleichgültig, ob man das Problem der Sicherheit unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung des westlichen Industrievolumens als Ver-

teidigungsgrundlage oder der Erhöhung der Rohstoffproduktion der freien Welt oder einer andauernden Aufwärtsbewegung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung als Bollwerk gegen eine innere kommunistische Aushöhlung betrachtet, immer wieder sieht man sich der Notwendigkeit eines hohen Prozentsatzes wirtschaftlichen Wachstums in der freien Welt gegenüber. Diese wirtschaftliche Ausdehnung muß von Maßnahmen begleitet werden, die sicherstellen, daß die wirtschaftliche Intensivierung mit Hilfe demokratischer Institutionen zu sozialem Fortschritt, zu Zufriedenheit und politischer Stabilität und zu nationaler Würde und Kraft führt. Gerade der letzte Punkt ist wichtig. Die Geschichte hat bewiesen, daß schnelles wirtschaftliches Wachstum allein nicht ausreicht, um eine festgegründete demokratische Gesellschaft hervorzubringen. Wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung nicht von zunehmender demokratischer Gesinnung, demokratischen Methoden und Institutionen und auch sozialem Gerechtigkeitsempfinden begleitet ist, dann könnte das Ergebnis einer solchen Entwicklung keine Bereicherung für die Stärke der freien Welt darstellen. Der Westen kann den unterentwickelten Gebieten in Form von Hilfeleistungen viel geben und damit die Chancen erhöhen, daß die Länder sich in soliden demokratischen Bahnen entwickeln.

## Unerläßliche Voraussetzungen

In den letzten 25 Jahren konnte man reichliche Erfahrungen sammeln, auf welche Weise das Wachstum der Wirtschaft, die soziale Stabilität und eine demokratische politische Entwicklung gefördert werden können und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Nachstehend werden einige unerläßliche Punkte angeführt:

1. Aufrechterhaltung einer starken und zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität in den Vereinigten Staaten.

Seit dem Fall Roms hat kein Land die Wirtschaft der zivilisierten Welt in dem Maße beherrscht wie heute die Vereinigten Staaten. Während Roms Herrschaft auf der kaiserlichen Kontrolle beruhte, beruht unsere nur auf der Größe. Wir sind das Hauptrad im Getriebe der Weltwirtschaft, das das Tempo aller anderen bestimmt. Ein starker Niedergang unserer wirtschaftlichen Aktivität kann in der ganzen Welt Arbeitslosigkeit, Finanzkrisen und politische Unsicherheit verursachen. Eine Wirtschaftsexpansion in den Vereinigten Staaten kann der Ausgangspunkt für eine Weltwirtschaftsexpansion sein.

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten dehnt sich gegenwärtig nicht aus. Die Erfahrungen haben bewiesen, daß Regierungsmaßnahmen die Wirtschaftsexpansion fördern können. Unsere Regierung jedoch scheint der Meinung gewesen zu sein, daß aus grundsätzlichen Erwägungen „ein Zurechtrücken“ notwendig ist, um unsere nationalen Werte und den Sinn für ihre Wertschätzung intakt zu halten. Die Sachlage ist viel zu differenziert, um hier in angemessener Weise behandelt werden zu können. Es wurde die Frage erhoben, ob wir es uns leisten können, uns auf

den Automatismus des Welthandels zur Sicherung wirtschaftlicher Ausdehnung in einem Zeitpunkt zu verlassen, in dem nicht nur unser eigenes Wohl und unsere Sicherheit, sondern die der ganzen freien Welt auf dem Spiele stehen.

2. Aufrechterhaltung eines ständigen internationalen Flusses aller Rohmaterialien zu vernünftigen stabilen Preisen.

Zehn Prozent der Bevölkerung der freien Welt verkaufen den Vereinigten Staaten mehr als die Hälfte ihrer gesamten nationalen Rohprodukte. Stark verminderte Gummieinkäufe in Malaya können dort einen fühlbaren wirtschaftlichen Schock auslösen; starke spekulative Wolleneinkäufe können zu einer ernsthaften Inflation in Australien führen. Gedeihen und politische Stabilität der lateinamerikanischen Staaten hängen in hohem Maße von dem ständigen Fluß der Rohstoffe zu angemessenen Preisen nach den Vereinigten Staaten ab. Da nun ein ständiger wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt in den unterentwickelten Gebieten heute ein so wichtiger Faktor für unsere Sicherheit ist, ist es dringend notwendig, daß wir uns dieser Bedeutung der Rohstofflage und unserer Verantwortlichkeit als der Welt größter Verbraucher für die Aufrechterhaltung eines höheren Grades von Stabilität auf den Rohstoffmärkten bewußt sind.

3. Aufrechterhaltung einer erheblichen und ständigen Kapitalzufuhr aus gesunden und industriell entwickelten Gebieten in diejenigen, die Kapital zum Aufbau ihrer Wirtschaft brauchen.

Die Welt prosperierte nur solange, als Kapital zum Ausbau der Rohstoffquellen und zur Ausweitung der Produktion bereitgestellt wurde.

Die Lösung des Problems fällt besonders unter unsere Verantwortlichkeit, weil wir viel Kapital angesammelt haben, und in Europa infolge der Verwüstungen durch zwei Weltkriege verfügbares Kapital rar ist. Amerikanisches Privatkapital zu Investitionszwecken fließt zur Zeit nur tropfenweise in die Länder, die es zur Untermauerung ihrer sozialen und politischen Sicherheit am meisten benötigen. In wesentlichen Summen fließt es nur nach Kanada und in einige wenige ölproduzierende Länder.

Die drei wichtigsten Kanäle, durch die amerikanisches Kapital ins Ausland fließt, sind zur Zeit private Investitionen, Weltbank und US Export-Importbank. Die Regierung scheint sich weitgehend darauf zu beschränken, private Investitionen im Ausland durch einen stärkeren Anreiz und den Versuch zu fördern, in der Politik der anderen Länder auf dem Verhandlungswege wesentliche Änderungen zu erreichen. Soweit diese Maßnahmen den Kapitalstrom ins Ausland zu lenken vermögen, stellen sie einen wesentlichen Fortschritt dar. Aber es dürfte schwer halten, einen Wirtschaftsfachmann zu finden, der davon überzeugt ist, daß unter den herrschenden Umständen die Kapitalausfuhr selbst durch sehr kräftige Förderung wesentlich erhöht werden könnte. Bestimmte Faktoren gerade in Ländern, die Kapitalinvestitionen am meisten benötigen, schrecken die Kapitalgeber ab — Kriegsgefahren, Revolution und Nationalisierung und tatsächliche oder eventuelle Beschränkungen auf Gewinne, in der Führung der Geschäfte und für den Gewinntransfer. Mittlerweile stehen dem amerikanischen Kapital gute, gewinnbringende Investierungsmöglichkeiten hier in den Vereinigten Staaten offen. Trotzdem besteht Grund für die Annahme — und Erfahrungen haben es bewiesen — daß private Investitionen nach einer gewissen Zeit in größerem Umfang als sonst zu erreichen sind, wenn Darlehen, Investitionen aus öffentlichen Mitteln und technische Hilfe als Teil eines wohlfuncierten Förderungsprogramms in unterentwickelten Gebieten eine Bresche geschlagen haben.

Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die ihre Geldmittel vom privaten Geldmarkt erhält, hat auf diesem Gebiete einen wichtigen Beitrag geleistet; aber sie ist gezwungen, auf den üblichen Sicherheiten und der garantierten Rückzahlung zu bestehen, was sie naturgemäß daran gehindert hat, in großem Umfange Kapital für unterentwickelte Gebiete zur Verfügung zu stellen. Die US Export-Importbank hatte in erster Linie die Aufgabe, amerikanische Exporte zu fördern; sie war nicht als amerikanisches Instrument für ausländische Wirtschaftsförderung gedacht. Ihre Statuten, die gesetzgebende Rolle, die sie immer gespielt hat, und der auf sie ausgeübte Druck, die Anleihen mit Ankäufen für Lieferungen aus den Vereinigten Staaten zu verbinden, erschweren es der Bank, eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung im Ausland oder einen multilateralen internationalen Handel zu fördern. Die kürzlich der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gewährte Anleihe von 100 Millionen Dollar ist ein ermutigendes Anzeichen dafür, daß Bestrebungen im Gange sind, den Wir-

kungskreis der Bank zu vergrößern. Die Statuten der Bank sollten jedoch revidiert werden, um ihr die Befugnis zu geben, Anleihen im Sinne unserer Außenpolitik zu gewähren, selbst wenn ihre Rückzahlung unter ungünstigen Bedingungen erfolgen sollte.

1951 wurde erwogen, die Export-Importbank einer Dachgesellschaft zu unterstellen, unter deren Zuständigkeit alle überseeischen Wirtschaftsmaßnahmen fallen würden, die ihr zur Verfügung stehenden Geldmittel zu erhöhen und die Statuten zu revidieren, um aus der Bank ein wirksameres Regierungsinstrument zum Aufbau sozialer, wirtschaftlicher und politischer Kräfte im Ausland zu machen. Es ließe sich viel zu Gunsten dieses Projektes im Rahmen des Amtes für auswärtige Maßnahmen sagen, um auf diese Weise die Gewährung von Anleihen, Hilfeleistungen und technische Hilfe miteinander abzustimmen. Freiheit und Sicherheit erfordern zur Erörterung der Wirtschaft einen viel stärkeren Strom amerikanischen Kapitals ins Ausland, und öffentliche Investitionen müssen in der nächsten Zeit auf dem Wege vorgehen, wenn der Plan verwirklicht werden soll.

4. Bereitstellung von Hilfeleistungen für den Aufbau der notwendigsten Einrichtungen des öffentlichen Gesundheits- und Erziehungswesens, der Landwirtschaft und Industrie und wo sie für den Aufbau anderer notwendiger Einrichtungen erforderlich sind.

Die vereinten Erfahrungen des Amtes für wirtschaftliche und des Amtes für technische Zusammenarbeit haben schlüssig bewiesen, daß Hilfs-

mittel notwendig sind, die sich zwar in Grenzen halten, die jedoch wesentlich größer sind als die eben ins Auge gefaßten, um es unterentwickelten Gebieten zu ermöglichen, a) ihre eigenen Hilfsquellen zu mobilisieren, b) privates Kapital aus dem Auslande anzulocken und c) den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung in einem sozial und politisch annehmbaren Maße zu beschleunigen. Das waren jedenfalls die Erkenntnisse des Beratenden Ausschusses für Internationale Entwicklung (Vorsitzender: Nelson Rockefeller) und des von Präsident Truman 1950 eingesetzten Ausschusses (Vorsitzender: Gordon Gray), der sich mit der ausländischen Wirtschaftspolitik beschäftigten und darüber berichten sollte. Diese Ansicht wird auch von den Fachleuten der Vereinten Nationen geteilt und durch die Untersuchungen einer großen Anzahl von Studenten über dieses Thema bekräftigt. Die Höhe der Hilfsmittel, die nutzbringend in irgendeinem unterentwickelten Lande verwendet werden sollen, hat bestimmte Grenzen — Grenzen der technischen Möglichkeiten, der administrativen Kompetenz und wirtschaftlichen Organisation. Aber ein sorgfältig ausgearbeitetes Hilfsprogramm in vertretbaren Grenzen kann durch den Ausbau der Wirtschaft die Kapitalinvestitionen und die technische Hilfe geradezu „vervielfältigen“. Die Kosten eines angemessenen Welthilfsprogramms sind geringer als der Betrag für die militärische Verteidigung eines einzelnen Landes, den wir zu leisten bereit wären, wenn die Kommunisten drauf und dran wären, sich der militärischen Kontrolle zu bemächtigen.

## Hilfe, eine Angelegenheit gegenseitigen Nutzens

Die amerikanische Regierung ist dabei, die Wirtschaftshilfe jetzt grundsätzlich abzuschließen mit Ausnahme der Unterstützung ausschließlich militärischer Vorhaben, die in einigen Ländern am Rande Rotchinas und der Sowjetunion nicht anders gehandhabt werden kann. Natürlich gibt es auch Ausnahmen — Indien ist eine solche — aber sie sind Ausnahmen von einer festen Regel; und der Umfang der Wirtschaftshilfe in diesen Ausnahmefällen ist nach meiner Ansicht nicht groß genug. Die Einstellung unserer Regierung zur Gewährung von Hilfeleistungen entbehrt der Einsicht, daß unsere Sicherheit eine sehr viel schnellere Wirtschaftsentwicklung in der ganzen freien Welt erfordert.

Einer der offiziellen Hauptgründe für die Einstellung der Hilfeleistungen ist der, daß die Gewährung dem Geber eher Feindschaft als Freundschaft einträgt. Das ist Unsinn. Die einen erwecken Feindschaften wenn sie geben, die anderen machen sich Freunde; alles hängt von der Art und Weise ab, wie man es macht. Es stimmt, daß es niemanden freut, vom anderen Hilfe zu erhalten. Aber wenn es der Gebende versteht, im Nehmenden das Gefühl zu erwecken, ein Partner zu sein, dessen wachsende Kräfte für sein eigenes Wohl notwendig sind, und wenn er keine rührseligen Dankesbezeugungen erwartet, können Geben und Nehmen Selbstachtung und Freundschaft fördern. Das Pacht- und Leihverfah-

ren besitzt diese große Tugend und auch der Marshall-Plan, der auf der Annahme beruhte und entsprechend gehandhabt wurde, die Genesung Europas sei für das Gedeihen und die Sicherheit Amerikas ein wesentlicher Faktor. Daß dieser Plan, der zu den größten staatsmännischen Leistungen und erfolgreichsten Unternehmungen der amerikanischen Geschichte gehört, die Kräfte für das allgemeine Wohl und die Freundschaft für die Vereinigten Staaten förderte, ist völlig klar.

Wir gewähren anderen Ländern eine Wirtschaftshilfe in der Hoffnung, sie damit in Stand zu setzen, abgesprochene Programme zu gegenseitigem Nutzen durchzuführen, oder wir erwarten, die Wirtschaftshilfe werde die örtlichen Hilfsquellen mobilisieren, was die Unabhängigkeit und Macht vergrößern würde, woraus wir zweifelsohne einen Nutzen ziehen würden. Keineswegs dürfen wir jedoch danach streben, uns die Kontrolle über die Politik und die inneren Angelegenheiten des anderen Landes zu sichern. Es entsteht nun die sehr reale Frage, auf welche Weise wir uns vergewissern sollen, ob die Regierungen, die unsere Hilfe erhalten, auch tatsächlich das beiderseitig abgesprochene Programm ausführen und ob sie die dafür notwendige Innenpolitik betreiben. Grundsätzlich sollten wir darauf bestehen, daß frei ausgehandelte Abkommen eingehalten werden; und aus Gründen der Freund-

schaft sollten wir Rat und Beistand anbieten, wie nach unserer Ansicht auf Grund unserer Erfahrungen mit Wirtschafts- und Sozialentwicklungen gegenseitige Abkommen in nutzbringender Weise erfüllt werden können. Aber auch hier hängt es davon ab, wie es gemacht wird. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß die offiziellen Persönlichkeiten anderer Länder privat eine offene Diskussion nicht übelnehmen — im Gegenteil, sie schätzen sie. Aber diese Unterredungen müssen immer zwischen gleichberechtigten Partnern geführt werden mit Verständnis und Achtung für die Probleme und Gefühle des anderen und unter dem Gesichtspunkt, daß eine reibungslose Erledigung von gegenseitigem Nutzen ist. Vor allem muß vermieden werden, die führenden ausländischen Persönlichkeiten in die Lage zu bringen, sich öffentlich dem amerikanischen Willen beugen zu müssen. Die Kunst der Diplomatie besteht darin, die Führer anderer Länder dahin zu bringen, öffentlich begrüßenswerte Ideen und Vorschläge vorzubringen und sie nicht zu nötigen, als Gegenleistung für erhaltene Vergünstigungen öffentlich die Politik eines mächtigeren Staates unterstützen und verteidigen zu müssen. Bei dieser Art Diplomatie erntet der amerikanische Unterhändler keine öffentlichen Lorbeeren, aber sie fördert bestimmt die amerikanischen Interessen.

Zu dem Thema ist noch einiges zu sagen. Die Führer der anderen Länder haben die Pflicht, den elementarsten politischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, wenn sie eine Wirtschaftshilfe wirklich ernsthaft wollen. Wir sollten ein Bündnis oder eine erprobte Freundschaft oder in manchen Fällen auch nur einfach eine offiziell vertretene Neutralität im Ost-West-Kampf als ein Adäquat für die Wirtschaftshilfe betrachten. Politisch außerordentlich schwierig ist es aber, einem Lande wirtschaftlich zu helfen, von dem unser Volk den Eindruck hat, es zeige fortgesetzt eine unbegründete Furcht vor äußerer Einflußnahme und behandle das Land ausgesucht unhöflich, das seine Macht und Unabhängigkeit gerne stärken möchte, während es für ein anderes Land, das es zu versklaven drohe, nur die größte Nachsicht habe. Hilfe ist eine Sache gegenseitigen Nutzens. Läßt der Nutzen auf der einen Seite nach, wird er sicher nicht mehr lange anhalten. Nichtsdestoweniger sollten wir uns sagen, daß sich eine politische Einstellung ändern kann, wie wir selbst in unserer Geschichte bewiesen haben, und daß wir einige Länder weiterhin unterstützen müssen in der Hoffnung und Erwartung, daß sich die fundamentalen Interessen durchsetzen und eine günstigere Einstellung herbeiführen werden.

5. Erhöhte Bereitstellung von technischer Hilfe im Sinne des Punkt-IV-Programms, verbunden mit Hilfeleistungen und einem Investitionsprogramm.

Es ist weder notwendig noch möglich, innerhalb dieses Artikels die Fälle zu diskutieren, in denen ein ausgedehntes technisches Hilfsprogramm angebracht ist. Zur Zeit ist es auf einigen Sektoren beschnitten worden. Ich bin der Ansicht, daß es an der Zeit ist, es sowohl mit Hilfe der Vereinten Nationen als auch auf direktem Wege zu vergrößern. Außerdem wird das amerikanische Hilfsprogramm überall nach Möglichkeit den Er-

fordernissen des militärischen Verteidigungsprogramms untergeordnet. Die Bezeichnung „Punkt IV“, die bei allen Völkern dieser Erde als Symbol der Hoffnung einen guten Klang hatte und einen enormen Aktivposten der Vereinigten Staaten darstellte, wird bewußt ausgelöscht.

6. Herabsetzung oder Aufhebung von Handelschranken.

Die Handelsschranken werden nicht niedriger; stattdessen wachsen sie noch. Über ein Jahr lang wurden alle Maßnahmen zur Aufhebung oder Verminderung der amerikanischen Handelschranken ausgesetzt, während eine vom Präsidenten ernannte Kommission unter der Leitung von Clarence Randall unsere Außenhandelspolitik erneut überprüfte. Die Empfehlungen der Kommission hinsichtlich der Zölle und auch der übrigen Wirtschaftspolitik zur Förderung unserer Ausfuhr und des Welthandels im allgemeinen sind ganz unzeitgemäß, weil unser Fortbestehen davon abhängt, daß der freie Welthandel besser funktioniert. Aber selbst die gemäßigten Empfehlungen der Randall-Kommission trafen beim Kongreß auf heftigen Widerstand, und der Präsident forderte einfach nur die Verlängerung des Gesetzes über gegenseitige Handelsabkommen um ein Jahr.

7. Gemeinsame Inangriffnahme der Probleme der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verteidigung durch die regionalen Verteidigungsorganisationen.

Die Unterzeichnerstaaten des Nordatlantikkpates verpflichteten sich in Artikel II. Widersprüche ihrer Wirtschaftspolitik zu beseitigen und mit dem Ziele der inneren Festigung und des Gedeihens auf wirtschaftlichem Gebiet zusam-

menzuarbeiten. Aber bis heute haben die meisten NATO-Staaten die Organisation fast ausschließlich als ein militärisches Instrument gebraucht, ohne sich bewußt zu werden, daß die Erfüllung des Artikels II notwendig war und noch ist, um die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen zu stärken, auf denen die militärische Verteidigung ruhen muß. In den letzten Jahren sind eine Anzahl von Vorschlägen gemacht worden, die in die Richtung der von der NATO vertretenen Verantwortlichkeit für die Planung und Leitung gemeinsamer Anstrengungen zur Stärkung des Verteidigungspotentials der Atlantikpaktstaaten und der freien Welt auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Felde gehen, und die im Ziele und Geiste denen vergleichbar sind, die den Aufbau des militärischen Verteidigungspotentials der NATO bewirkten. Doch sind sie niemals verwirklicht worden. Wenn nicht die NATO und die anderen regionalen Verteidigungsorganisationen diese verschiedenen Formen der Verteidigung allmählich aufbauen, ist schwer einzusehen, wie die Aufgaben überhaupt wirkungsvoll erfüllt werden können.

Bis auf den heutigen Tag enthalten die Vorschläge für den Aufbau eines Südostasienbündnisses keinen Hinweis auf die Notwendigkeit, parallel mit den gemeinsamen militärischen Verteidigungsmaßnahmen in diesem Gebiete den Aufbau der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte in Angriff zu nehmen. Geschieht das nicht, wird es nicht nur viel schwieriger sein, die südostasiatischen Länder zum Beitritt zu bewegen, sondern es könnte sich außerdem mit der Zeit herausstellen, daß alle militärischen Verteidigungsmaßnahmen auf Sand gebaut sind.

## Auf dem Führersitz der weltwirtschaftlichen Maschine

In Anbetracht des Endes des Marshall-Planes im Jahre 1952 und im Bewußtsein der wachsenden Gefahr einer kommunistischen Durchdringung der unterentwickelten Länder prüften die Vereinigten Staaten 1950 schon die Möglichkeiten einer langfristigen Außenhandelspolitik, die an Stelle des Hilfs- und Aufbaunotprogramms der Nachkriegszeit treten sollte. Die Ergebnisse dieser Untersuchung deckten sich mit den obigen Ausführungen. Aber der Korea-Krieg und die Gefahr eines unmittelbaren Angriffs auf Europa warfen alle Pläne und Berechnungen über den Haufen. Die spekulative Jagd nach Rohmaterialien ließ die Preise in die Höhe schnellen und beeinflusste ungünstig die Handelsbedingungen der industriellen Länder. Diese Tatsachen, verbunden mit der Verdoppelung der Verteidigungsanstrengungen, warfen das europäische Wiederaufbauprogramm aus dem Geleise. Das Militärprogramm verringerte rasch das Interesse für eine langfristige Wirtschaftspolitik, und das Gesetz über die gegenseitige Sicherheit des Jahres 1951 förderte nicht den Übergang von einer Notstands- zu einer langfristigen Wirtschaftspolitik. Auch im Jahre 1952 gab es die gleichen Schwierigkeiten, die durch die Auswirkungen der nationalen Wahlen noch vertieft wurden.

Wir sollten diesen Tatsachen heute erneut unsere Aufmerksamkeit schenken. Die unterentwickelten Gebiete fürchten schrumpfende Märkte und nachlassende Preise für Rohmaterialien und als Folge davon soziale und politische Unruhen. Die westeuropäische Wirtschaft wird teilweise durch unsere Militärausgaben und durch die an bestimmte Länder gewährte Wirtschaftshilfe gestützt; doch beides soll nächstes Jahr plötzlich fortfallen. Weltweite kollektive Anstrengungen sind notwendig. Aber es wird nicht dazu kommen, wenn die Vereinigten Staaten nicht ihre Notwendigkeit begreifen und in der Neuausrichtung ihrer eigenen Politik und in der Entwicklung und Organisierung des Programms die Führung übernehmen. Von allen Ländern der freien Welt sind wir allein im Besitz der Freiheit, die wirtschaftliche Initiative zu ergreifen. Wir sitzen auf dem Führersitz der weltwirtschaftlichen Maschine. Wir könnten es auch unterlassen, dorthin zu lenken, wohin die Welt strebt oder wo auch unsere eigenen wichtigsten Interessen liegen; eines aber steht fest, niemand außer uns wäre dazu noch in der Lage.

In den vergangenen Monaten sind wieder schwere Schatten auf das Dasein der Menschen gefallen. Wir müssen uns darüber klar werden, wie wir uns in einer Welt verhalten wollen, in

der wir und die, die uns vernichten wollen, die höllische Wasserstoffbombe besitzen. Verhandlungen über ein sicheres Abkommen, die wir als beste Lösung begrüßen würden, scheinen unter den gegenwärtigen Umständen nicht zweckentsprechend. Deshalb müssen wir uns damit abfinden, lange Zeit in großer physischer Gefahr zu leben.

Angesichts dieser Lage ist es dringend notwendig, unsere Handlungen als Individuen und unsere Politik als Nation zu überprüfen und uns zu vergewissern, ob wir alles Menschenmögliche zur Verringerung der Möglichkeit tun, daß die entsetzlichen Waffen je zur Zerstörung benutzt werden. Solange es kein vertrauenswürdiges Kontrollsystem gibt, müssen wir natürlich unser Potential erhalten und vermehren, um eine kraftvolle Vergeltung üben zu können, wenn die

Bomben gegen uns oder unsere Verbündeten angewendet werden sollten. Dies bedeutet für uns, daß wir unsere Alliierten stärken und unsere Bündnisse ausbauen müssen, um auf diese Weise unsere Stützpunkte in der ganzen Welt zu schützen. Aber das ist nur der Beginn einer Verteidigung. Es ist möglich, daß die unabsehbaren Wirkungen eines Atomkrieges die Wahrscheinlichkeit vermindern — bei Aufrechterhaltung des Vergeltungspotentials — daß er je geführt wird. Aber das Ziel des Kremls, die Welt zu beherrschen und die Freiheit zu zerstören, ändert sich dadurch nicht. Die sowjetischen Bestrebungen sind und werden mit konventionellen Waffen und Methoden, die uns längst bekannt sind, vorwärtsgetrieben. Die Bemühungen können von Erfolg gekrönt sein und sie können die sowjetische Kontrolle über weite, jetzt noch freie Teile

der Welt ausdehnen, ohne zum Atomkrieg oder zu irgendeiner militärischen Aggression führen zu müssen.

Wir können den sowjetischen Plan vereiteln, wenn wir unsere Energie und unsere großen Hilfsquellen nicht nur zur Stärkung des allgemeinen militärischen Verteidigungspotentials einsetzen, sondern den Gedanken der Freiheit durch eine wirtschaftliche Blüte fester verankern und den Lebensstandard, die nationale Würde und die politischen und sozialen Lebensbedingungen, in denen die Demokratie gedeiht, erhöhen. Hierbei hegen wir die Hoffnung, daß mit der Zeit die verstärkte Anziehungskraft der Freiheit die Tyrannei in ihrer eigenen Festung unterhöhlen und zu Veränderungen in der Sowjetunion führen wird, die den Todesschatten von der Erde lösen.

RICHARD LOWENTHAL

## Zwischen Dulles und Nehru

Der hier veröffentlichte Aufsatz von Richard Lowenthal wurde mit Genehmigung des Verlages der englischen Zeitschrift „THE TWENTIETH CENTURY“ (Juni 1954) entnommen.

Noch vor einigen Monaten fragten wir uns, welche Vorteile dem Westen aus den Symptomen sowjetischer Schwäche erwachsen würden, die nach Stalins Tod sichtbar geworden waren. Noch die Berliner Konferenz wurde vorwiegend mit folgenden Worten diskutiert: War es ein Fehler, den Russen durch die Verhandlungen einen „Aufschub“ zu gewähren? Oder war dies der beste Weg, um von ihnen Konzessionen zu erhalten? Oder sollten wir uns für eine gewisse Zeit mit der Stabilisierung des Status quo zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Kräften zufrieden geben? Auf jeden Fall schienen wir am Zuge zu sein, und die westlichen Staatsmänner gratulierten einander, die „Initiative wieder gewonnen zu haben“.

Wie weit liegt das alles zurück! Die Veränderungen auf der Weltbühne waren nicht die Folge eines dramatischen Wechsels in der kommunistischen Politik, sondern einfach einer unvermeidlichen Verlagerung des Schwergewichts von Europa, dem Gebiet unserer relativen Stärke, nach Asien, dem Gebiet unserer offensichtlichen Schwäche. Es wird natürlich auch die Ansicht vertreten, die Einberufung der Genfer Konferenz habe die chinesische Unterstützung der Vietminh sehr schnell anwachsen lassen, und nur der durch die vermehrten Hilfeleistungen errungene militärische Erfolg habe die kritische Situation in Indochina geschaffen in Verbindung mit der moralischen Unsicherheit, die durch die Einberufung der Konferenz entstanden sei. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Das französische Expeditionskorps hatte gar keine Chancen, die tatsächliche Kontrolle

über Indochina wieder zu gewinnen, und da die Chance eines entscheidenden militärischen Sieges nicht ergriffen worden war, konnte man den Zeitpunkt voraussehen, an dem das französische Volk keine Lust mehr haben würde, den Krieg fortzusetzen. Da lag die Schwäche. Die Krise war unvermeidlich. Genf markierte nur den Zeitpunkt.

Außerdem war der Sonderfall Indochina nicht die einzige Schwäche. Die Meinungsverschieden-

heiten zwischen den Westmächten und die Unschlüssigkeit jedes einzelnen westlichen Landes, die bei dieser Gelegenheit sichtbar wurden, sind nur ein Ausdruck für das grundsätzliche Dilemma der westlichen Politik in Asien. Das Dilemma braucht nicht unlöslich zu sein, aber bis jetzt ist fast gar nichts unternommen worden, um es zu beseitigen. Es ist eine Quelle entsetzlicher Gefahr für uns alle, und es dürfte uns nicht viel Zeit bleiben, eine Lösung zu finden.

### Das große Dilemma

Das Problem kann in vier Sätzen zusammengefaßt werden. Erstens, eine permanente Ausdehnung der Kommunisten in Asien birgt die ernste Gefahr, daß der kommunistische Block zur beherrschenden Weltmacht wird. Zweitens, der Expansion kann nur dann Einhalt geboten werden, wenn eine starke Militärmacht eine offene kommunistische Aggression aufhalten kann und wenn der politische Wille stark genug ist, sich anderen Formen der Expansion innerhalb der unabhängigen Staaten Asiens zu widersetzen. Drittens, auf dem asiatischen Festland gibt es zur Zeit keine gleichwertigen militärischen Streitkräfte, um der rotchinesischen Macht die Waage zu halten, und es ist nicht wahrscheinlich, daß die asiatischen Länder sie in den nächsten Jahren zu schaffen imstande sein werden. Viertens, jeder Versuch, den erforderlichen Ausgleich durch westliche Intervention von außen her zu schaffen, stößt auf das Mißtrauen des asiatischen Unabhängigkeitsge-

fühls und läuft Gefahr, den politischen Willen zum Widerstand gegen die kommunistische Expansion zu unterhöhlen.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten zwischen amerikanischer und britischer Politik entspringen nicht anders gearteten realen Interessen, sondern der Tatsache, daß jedes Land entsprechend seinen besonderen Erfahrungen seine Aufmerksamkeit auf verschiedene Punkte des Dilemmas konzentriert. Amerika als erste Macht der nichtkommunistischen Welt begriff als erste den vollen Ernst des militärischen Problems; dank seiner Commonwealth-Bindungen zu Indien war sich England sehr genau der politischen Schwierigkeiten bewußt. Nach Ansicht dieses Landes zwingt das Dilemma den Westen, einen „Mittelweg“ zwischen amerikanischem Interventionalismus und indischem Neutralismus — zwischen Dulles und Nehru — zu suchen.

## Unter doppelter Bedrohung

Wir wollen uns aber erstmal über das Ausmaß des Dilemmas klar werden.

Nur wenige Menschen außerhalb Amerikas teilen die Ansicht, daß das kommunistische Vordringen in Asien die Gefahr einer totalen Weltbeherrschung in sich birgt; und die propagandistisch überspitzten Behauptungen, der Verlust auch nur eines Teiles von Indochina würde schon das Schicksal des Westens besiegeln, haben nicht überzeugen können. Durch die Einverleibung des östlichen Europa in die sowjetische Sphäre und den kommunistischen Sieg in China ist nun aber tatsächlich die Weltherrschaft in den Bereich des Möglichen gerückt. Es würde wahrscheinlich dazu kommen, wenn die Kommunisten weitere wesentliche Fortschritte machen und zum Beispiel einen Sieg in ganz Südostasien erringen würden und genügend Zeit hätten, die natürlichen Reichtümer dieses Gebietes zu erfassen und auszubeuten. Tatsächlich hat der kalte Krieg den Punkt erreicht, wo der kommunistisch kontrollierte Teil der Welt so groß geworden ist, daß wir unter der doppelten Bedrohung einer Welt-diktatur und eines Weltkrieges leben müssen.

Es ist einfach, die häßliche Wirklichkeit durch einseitige Betrachtungen zu beschönigen und — mit vollkommenem Recht — festzustellen, in Indochina hätten außer dem Kampf zwischen Kommunisten und Anti-Kommunisten noch viele andere Faktoren mitgesprochen. Nun sind immer viele Faktoren im Spiel, doch ist der Schlag, den der kommunistische Sieg dem Gleichgewicht der Weltmächte zufügte, eine glatte Tatsache. Bequem ist auch der Einwand, die kommunistische Welt brauche nicht monolithisch zu bleiben. Auch ein totalitäres Regime ist inneren Veränderungen unterworfen und nach dem Tito-Vorbild können nationale Konflikte zwischen den kommunistischen Staaten entstehen. Jedoch entstehen innere Veränderungen und nationale Streitigkeiten leichter in einem kommunistischem Reich, dessen weitere Ausdehnung erfolgreich verhindert wird: Tito brach mit der Sowjetunion, als dem kommunistischen Vordringen in Europa Einhalt geboten worden war, und die letzten Versuche einer inneren Entspannung in Rußland — nach Stalins Tod — spiegelten den Druck wieder, der auf der Sowjet- und der Satellitenwirtschaft lastete als Folge der Bemühungen, das Rennen gegen die westliche Aufrüstung zu gewinnen. In einer sich siegreich ausbreitenden kommunistischen Gesellschaft kann es natürlich auch innere Streitigkeiten und Veränderungen geben — aber nichts berechtigt uns, damit zu rechnen. Die Erfolge der letzten Monate scheinen schon genügt zu haben, dem russischen Regime wieder eine stalinistische Prägung zu geben.

Außerdem wird die Notwendigkeit adäquater militärischer Streitkräfte zur Eindämmung der kommunistischen Expansion mit der Begründung verneint, kommunistische Regierungen seien weniger aggressiv als faschistische, sie wollten unter allen Umständen Frieden, um ihren riesigen inneren Aufbau zu betreiben, und sie würden denen nicht gefährlich, die sie in Ruhe ließen. Die Geschichte lehrt uns, daß kommunistische

Regierungen tatsächlich weniger leichtfertig mit dem Gedanken einer Aggression spielen — obgleich auch dies vorgekommen ist, wie Finnland und Korea beweisen — weil sie überzeugt sind, daß die Zeit für sie arbeite. Sie haben die Fähigkeit bewiesen, länger als jede andere Revolution der Neuzeit das Feuer ihres Sendungsbewußtseins am Leben zu erhalten, und sie haben nicht der Versuchung der Besitzergreifung widerstanden, als sich an ihren Grenzen ein Vakuum auftat. Seit in China die Armeen Mao Tse-tungs den Sieg davontrugen, bestand an den Grenzen ein mehr oder weniger großes militärisches Vakuum. Von jener Zeit an gingen in ganz Asien kommunistische Propaganda und Terrorismus, die von der chinesischen Militärmacht gestützt wurden, Hand in Hand. Als der Angriff rollte, befanden sich keine Amerikaner in Korea, um die Kommunisten zu „provizieren“, noch gab es welche in Indochina, als Peking die Vietminh-Regierung anerkannte. Tibets Provokation bestand allein in seinem Unvermögen, sich zu verteidigen. Die in Genf erhobene Forderung auf eine Vertretung

der kommunistischen Gegenregierung von Laos und Kambodscha ist als erste Folge des Nichtzustandekommens des Südostasienpaktes anzusehen. Die wirklichen Rechtsansprüche dieser Regierungen beruhen auf der Tatsache — und nur auf dieser —, daß zur Zeit kommunistische Streitkräfte straflos von außen in beide Länder einfallen können.

Es besteht schließlich nicht einmal die Aussicht, in abschbarer Zeit das militärische Vakuum mit Streitkräften unabhängiger asiatischer Länder füllen zu können. Einige der jungen Nationalstaaten Asiens, wie zum Beispiel Burma und Indonesien, sind noch lange nicht Herren im eigenen Hause. Sie sehen sich nicht imstande, die wirtschaftlichen Mittel für die notwendigen Verteidigungsanstrengungen bereitzustellen. Mehrere Staaten, wie Indien und Pakistan, haben viel von ihrer Kraft mit gegenseitigen Streitigkeiten vertan. Die Colombo-Konferenz mit ihren vielversprechenden Plänen und ihrer praktischen Ergebnislosigkeit enthüllte noch einmal die weitreichende politische Bedeutung der Länder und ihre gegenwärtige militärische Ohnmacht.

## Der Neutralismus in Asien

Die militärischen Gründe für einen Sicherheitspakt der Westmächte mit Australien, Neuseeland und den asiatischen Staaten, die bereit sind, sich an der Verteidigung Südasiens zu beteiligen — Dulles' Standpunkt zu dem Dilemma — sind unwiderlegbar, aber die politischen Gründe gegen ihn — Nehrus Standpunkt — sind nicht weniger stark.

Kommunistisches Vordringen stützt sich immer auf einen politischen Anreiz und bewaffnete Streitkräfte und auf eine von Terror begleitete Propaganda, wenngleich die Mischung aller Zutaten nach Zeit und Ort verschieden ist. Jede Kraftanstrengung zur Eindämmung des Kommunismus muß sich der gleichen Waffe bedienen. Eine Überzeugung ohne Waffen ist gegen die bewaffneten Tyrannen des 20. Jahrhunderts machtlos; zweifellos sind aber auch Waffen nutzlos, wenn nicht der Wille zum Widerstand dahinter steht. In besonderen Fällen kann sich auch eine unbewaffnete Bevölkerung dem kommunistischen Druck erfolgreich widersetzen, wenn sie moralisch der Infiltration gewachsen ist und wenn ein offener Angriff die Vergeltung der Verbündeten herausfordert wie in Berlin; aber selbst die Drohung, Vergeltung zu üben, ist sinnlos, wenn der Wille zum Widerstand fehlt.

Es hat Zeit gebraucht, bis sich bei den meisten westeuropäischen Völkern der Widerstandswille entwickelt hat. Bei den Völkern Süd- und Südasiens fängt er erst an sich zu regen. Diese Nationen haben gerade erst die koloniale Abhängigkeit abgeschüttelt, sie ringen noch um die Schaffung wirkungsvoller Regierungsapparate und kämpfen gleichzeitig mit den enormen Problemen der industriellen Modernisierung und der landwirtschaftlichen Reformen. Kurzum, sie befinden sich in einem Stadium revolutionärer Gärung, und es mangelt ihnen an Erfahrung, zwi-

schen einer echten nationalen Revolution und einem gesteuerten Kremlprodukt zu unterscheiden. Nach jahrelangem Kampf gegen kommunistische Guerillas kennen die meisten Burmesen den Unterschied; die meisten Vietnamesen aber haben keine Erfahrungen. Während die indische Regierung im Lande die Kommunisten bekämpft, weigert sie sich jedoch immer noch, die kommunistische Expansion als ein internationales Problem anzuerkennen. Zur Eindämmung des Kommunismus in Asien ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß die politische Kenntnis über die Art der kommunistischen Bedrohung geweckt und daß ein militärisches Gegengewicht geschaffen wird. Gleichzeitig dürfte jedes Anzeichen eines Versuchs der Westmächte, auf dem asiatischen Festland als unerwünschter „Beschützer“ der asiatischen Völker zu intervenieren, die Einsicht verzögern und die noch frischen Erinnerungen an die Kolonialzeit wieder aufleben lassen und damit die Lage verwirren. Niemand weiß dies besser als die Kommunisten: Schon richtet sich die ganze Wucht ihrer Propaganda gegen jeden westlichen Plan eines Südostasienpaktes, weil er nicht nur einen militärischen Damm gegen ihre weitere Expansion bietet, sondern weil er auch politisch ihrem Angriff den Wind aus den Segeln nimmt. Das Schlagwort „Asien den Asiaten“ bezweckt, das gegenwärtig unbestrittene kommunistische Übergewicht in Asien durch Mobilisierung der neutralistischen und anti-imperialistischen Gefühle der unabhängigen asiatischen Nationen gegen die westlichen Pläne einer kollektiven Sicherheit aufrecht zu erhalten.

Während England in typischer Selbsttäuschung den Ernst der militärischen Bedrohung unterschätzt, besteht die typische amerikanische Selbsttäuschung in der Geringschätzung der politischen Hindernisse für einen wirkungsvollen Widerstand. Die Tatsache, daß eine Anzahl asiatischer

Länder militärische Abkommen mit Amerika geschlossen hat, wird als Beweis für die Bereitschaft zum Widerstand angesehen, obgleich die öffentliche Meinung Japans zum Beispiel so neutralistisch ist wie die Indiens, die Philippinen und Pakistan nicht bereit sind, Verpflichtungen für die Verteidigung eines anderen Landes auf sich zu nehmen, und obgleich die Haltung Südkoreas und Formosas auf Grund ihrer besonderen Erfahrungen mit dem Kommunismus nicht verallgemeinert werden darf. Die Wahrheit ist, daß im Gegensatz zu Europa der Neutralismus typisch ist für die gegenwärtige politische Entwicklung in Asien und daß er nur in dem Maße überwunden werden kann, wie die asiatischen Völker aus ihren eigenen Erfahrungen lernen.

Es handelt sich hier weniger um das Problem der westlichen Propaganda im technischen Sinne sondern um die westliche Politik. Die Illusion ist

weitverbreitet — zumal in den Vereinigten Staaten — es genüge, die ganze Technik der Propaganda in den Dienst der guten Sache zu stellen, damit die Wahrheit überzeuge. In jedem nicht-totalitären Staat, in dem es keine ausgerichtete Propaganda gibt, sind die Auswirkungen selbst einer geschickten und massiven Propaganda sehr begrenzt, wenn sie nicht durch augenfällige Erfahrungen gestützt werden. Darum blieb zum Beispiel die kommunistische „Friedenspropaganda“ bemerkenswerter Weise wirkungslos solange der Krieg in Korea andauerte und hatte erst seit dem Waffenstillstand mehr Erfolg. Die Kunst der Politik unterscheidet sich von der Technik der Propaganda darin, daß sie es in ihrer Meinungsbildung unsicheren Völkern ermöglicht, auf Grund eigener Erfahrungen herauszufinden, wo die tatsächliche Bedrohung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit liegt.

modernen Krieges auf uns zu nehmen. Die klare Anerkennung der kommunistischen Regierung in China als Teil einer asiatischen Regelung würde uns nicht nur die Handhabe bieten, von den Kommunisten weitere bindende Garantien zu fordern, sondern würde außerordentlich zur Überzeugung der Neutralisten von der defensiven Natur unserer Ziele beitragen. Ist Amerika nicht zur Anerkennung bereit, muß der defensive Charakter des Bündnisses klar herausgestellt und seine Ziele müssen dementsprechend regional begrenzt werden.

Drittens, die asiatischen „Neutralen“ müssen in jeder Weise ermutigt werden, eine eigene Verantwortlichkeit zur Erhaltung des Friedens auf sich zu nehmen. Wir sollten es begrüßen, wenn sie im Namen der Vereinten Nationen oder als Ergebnis eines direkten Abkommens zwischen den kriegführenden Mächten für die Einhaltung eines Waffenstillstandes sorgen. Wir sollen es sie wissen lassen, daß wir es begrüßen würden, wenn sie unseren Platz als Garanten der Staaten, die jetzt den Schutz eines westlichen Bündnisses suchen, einnehmen würden, sobald sie dazu bereit und in der Lage sind. Tatsache ist, daß wir keine besonderen westlichen Interessen mehr in Asien zu verteidigen und nicht den Wunsch haben, die asiatischen neutralen Staaten für diesen Zweck an unsere Seite zu ziehen. Das weitere Vorwärtsschreiten des Kommunismus zu verhindern, ist unser einziges Ziel — und in diesem Zusammenhang würde es völlig ausreichen, wenn die asiatischen neutralen Staaten bereit sind, ihre eigene Sache zu verteidigen. Wenn es der westlichen Politik gelingen sollte, die asiatischen Staaten hiervon zu überzeugen, dann werden wir der Lösung unseres Dilemmas schon einen guten Schritt näher gekommen sein.

#### Anmerkung

W. Averell Herriman, amerikanischer Botschafter in Rußland von 1943—46, Handelsminister 1946—48, Sonderberater des Präsidenten 1950—51.

## Unser einziges Ziel . . .

Es gibt augenscheinlich für das Dilemma der westlichen Politik in Asien keine einfache Lösung. Doch soll hier wenigstens noch die allgemeine Richtung angedeutet werden, in der wir uns bewegen müssen.

Erstens dürfen wir nicht die Hoffnung haben, daß die Regelung der asiatischen Frage von Bestand sein oder daß es überhaupt zu einer leidlichen Regelung kommen wird, wenn wir nicht imstande sind, Asien gegen jeden neuen kommunistischen Angriff kraftvoll Beistand zu leisten. In der gegenwärtigen asiatischen Situation bedeutet dies, daß die Westmächte im Bedarfsfalle bereit sein müßten, die unabhängigen asiatischen Staaten, die um Hilfe bitten, zu verteidigen. Wir dürfen uns nicht weigern, diese Lasten auf uns zu nehmen, wenn wir als freie Staaten überleben wollen. Wir können sie nur auf uns neh-

men, wenn wir gleichzeitig auf dem politischen Sektor durch konstruktive Reformen die Gefahr einer erfolgreichen Aggression von innen heraus vermindern und den asiatischen Völkern dazu verhelfen, sich sobald wie möglich selbst zu verteidigen.

Zweitens, jeder kollektive Verteidigungspakt für Südostasien muß sich ganz klar darauf beschränken, die asiatischen Staaten nur auf eigenen Wunsch zu verteidigen. Er darf keine koloniale Färbung haben. Er muß davon Abstand nehmen, schon vollzogene kommunistische Revolutionen von außen her wieder umstürzen zu wollen. Nicht etwa das kommunistische Revolutionen eine „gute Sache“ sind — selbst da, wo sie eine Milderung alter Übelstände brachten, verursachten sie bald genug eigene Übelstände — sondern weil wir nicht bereit sind, und auch die Neutralisten sind es nicht, dafür das Risiko eines

## POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

### AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Chester Bowles „Zweiparteienpolitik für Asien“

Dieter Ehlers „Die Methoden der Beck-Gördeler-Verschöpfung“

Kurt Georg Kiesinger „Haben wir noch den Bürger?“  
Die Problematik des Parteienstaates“

Helmut Krausnick „Vorgeschichte der militärischen Widerstandsbewegung bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges“

G. W. Overdijkink „Die Bodenreform in China“

Kurt Sendtner „Die militärische Widerstandsbewegung vom Ausbruch des 2. Weltkrieges bis zum Beginn des Westfeldzuges“

Bernhard Wegmann „Die Ost-West-Spannung in der Weltpolitik“

Adelbert Weinstein „Die Verteidigung ist unteilbar“

. . . . . „Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reiches“

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1.19 monatlich bei Postzustellung (einschl. Beilage) nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23